

11/12-1-03 p.5.

## NEUE BÜRCHER BEITUNG

# Athens EU-Vorsitz im Schatten der Irak-Krise

## Antrittsbesuch der Kommission in Athen

Spitzen der EU haben in Athen betont, dass die EU-Mitgliedstaaten angesichts des Irak-Konflikts eine gemeinsame Position einnehmen und sich auf dieser Basis für eine friedliche Lösung einsetzen sollten. Die Kommission bereitet Notfallpläne vor, um im Kriegsfall der betroffenen Zivilbevölkerung rasch Hilfe leisten zu können.

*Its. Athen, 10. Januar*

Fragen zum Irak haben die gemeinsame Pressekonferenz des griechischen Ministerpräsidenten und amtierenden EU-Ratspräsidenten Simitis und des EU-Kommissionspräsidenten Prodi am Freitag in Athen beherrscht. Die beiden Politiker trafen die Medien im Anschluss an den traditionellen Antrittsbesuch der Kommission zu Beginn einer neuen halbjährigen EU-Präsidentschaft.

Ein Krieg im Irak, rief Prodi aus, sei nicht unvermeidlich und dürfe deshalb auch nicht als unvermeidlich hingenommen werden. Die EU-Mitgliedstaaten müssten sich auf eine gemeinsame Position einigen und sich auf dieser Basis für eine friedliche Lösung einsetzen. Prodi bestätigte aber, dass die Kommission Notfallpläne vorbereite, um im Kriegsfall der betroffenen Zivilbevölkerung rasch Hilfe leisten zu können. Im EU-Budget für das laufende Jahr sind bloss 15 Millionen Euro für humanitäre Hilfe an den Irak vorgesehen. Auch Simitis sprach sich für eine diplomatische Regelung des Konflikts aus. Er zeigte sich zuversichtlich, dass die EU in den wichtigsten Punkten, zu denen die Griechen eine weitere Uno-Resolution vor einem militärischen Eingriff zählen, eine gemeinsame Haltung einnehmen werde.

Zunächst aber, erklärte Simitis, müssten die Inspektorenberichte der Uno und die Reaktionen der Mitgliedstaaten abgewartet werden. Das weitere Vorgehen der EU orientiere sich an dem vom Uno-Sicherheitsrat in seiner Resolution 1441 vorgegebenen Verfahren. Als EU-Ratspräsident, versicherte Simitis, stehe er deshalb in engem Kontakt mit den vier EU-Mitgliedstaaten im Uno-Sicherheitsrat, Frankreich, Grossbritannien, Deutschland und Spanien. Die EU sei aber nicht der einzige Akteur, gab der Grieche zu bedenken,

weshalb sich eine enge Koordination mit den USA, Russland und China aufdränge. Im Übrigen wird sich Aussenminister Papandreou in dieser heiklen Frage, die Griechenlands EU-Präsidentschaft dominieren könnte, auch mit den arabischen Staaten und mit Iran absprechen.

Nach dem im Dezember in Kopenhagen erfolgten Abschluss der Verhandlungen mit den zehn Kandidatenländern aus dem Mittelmeerraum und Mittelosteuropa werden unter griechischer Präsidentschaft im kommenden April am Fusse der Akropolis die Beitrittsverträge unterzeichnet. Noch vor diesem Ereignis sprach Kommissionspräsident Prodi in Athen bereits von der nächsten Erweiterungsetappe: Auch den Staaten auf dem Balkan stünden die Türen zu Europa offen, wohin sie auf längere Sicht zweifellos gehörten. Am Europäischen Rat von Feira im Frühsommer 2000 war den Balkanländern diese europäische Perspektive erstmals offiziell eröffnet und wenige Monate später an dem von der EU mitorganisierten Balkangipfel in Zagreb ausdrücklich bestätigt worden.

Allein schon die Hoffnung auf eine EU-Mitgliedschaft habe dem Balkan in seiner Entwicklung enorm geholfen, versicherte Prodi. Bereits im Februar erwartet die EU-Kommission das Beitrittsgesuch von Kroatien. Kroatien und die übrigen Balkanstaaten gehörten zweifellos zu Europa, bestätigte Simitis, und sie würden auch alle aufgenommen, sofern sie die Beitrittskriterien erfüllten. Er wies aber auch auf die grossen wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in diesen Ländern sowie auf ihre politischen Probleme hin, weshalb der neue Beitrittsprozess, wie er betonte, seine Zeit brauche.